

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 26 (1934)
Heft: 7

Artikel: Für die Demokratie
Autor: Egger, A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352700>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 7

Juli 1934

26. Jahrgang

Für die Demokratie.

Von Prof. A. Egger.

Mit Genehmigung des Verfassers und des Verlages veröffentlichen wir hier einen kurzen Auszug aus der ausgezeichneten Schrift von Prof. Dr. Egger: «Die deutsche Staatsumwälzung und die schweizerische Demokratie», Verlag Paul Haupt, Bern. Wir können die Anschaffung dieser Broschüre den Lesern bestens empfehlen.

R e d.

Aus Kriegs- und Nachkriegsnot sind die heutigen nationalistischen Diktaturen entstanden. Sie sollten das Kriegserbe liquidieren und eine neue Ordnung errichten. Sie haben tabula rasa gemacht mit dem Individualismus und stellen den Menschen in eine neue Gemeinschaft hinein.

Es fehlt nicht an Schweizern, die in ihnen ein Vorbild sehen wollen, schon weil sie eine feste Ordnung geschaffen hätten. Schon im Kriege galt ihre Sympathie Deutschland, besonders Preussen, weil dies «das Land der Ordnung» sei. Dann wandten sie sich dem Faschismus zu, heute dem Dritten Reich. Diese im Grunde ganz unpolitische und wesentlich opportunistisch fundierte Auffassung hat schon längst Alexander Vinet durchschlagend zurückgewiesen: Es gibt keine Ordnung, die diesen Namen verdient, ohne Freiheit, sowenig es eine wirkliche Freiheit gibt ohne Ordnung. Die grosse Aufgabe der Gegenwart geht denn auch nicht einfach auf irgendeine feste Ordnung, und wäre es eine Kasernenhofordnung, sondern auf neue und lebensvolle Gemeinschaftsbildung.

Vermag der autoritäre Staat aber diese Aufgabe zu erfüllen?

Es liegt uns fern, das Erlebnis der deutschen Volkswerdung von 1933 herabzusetzen, die erstaunliche Wandlung in der Haltung zahlloser jugendlicher Menschen zu verkleinern oder den Geist der Aufopferung vieler SA-Männer nur anzuzweifeln. Das

deutsche Volk wurde im Jahre 1933 eines Gemeinschaftserlebnisses teilhaftig und hat es nach all dem vorangegangenen Jammer glücklich empfunden. Aber was die Zeit vor allem fordert, ist die politische Volkswerdung, die politische Volksgemeinschaft, die politische Selbsttätigkeit des Volkes.

Die Zeiten sind endgültig vorbei, in denen ein Landesfürstentum und ein Adels- oder irgendein anderer Stand die Geschäfte des Landes unter der Devise « Alles für das Volk, nichts durch das Volk » alleine besorgen konnten. Die aussenpolitischen und die innerpolitischen Aufgaben sind zu gross, zu schwer, zu einschneidend (aber auch — trotz allem — der demokratische Geist in der Welt zu stark geworden), als dass der Staat auf die Dauer über dem Volke thronen und seine Aufgaben ohne die politisch aktive Mitwirkung des Volkes lösen könnte. Mit Opferbereitschaft, mit Zucht und Ordnung, mit Disziplin und militärischem Geist lassen sie sich nicht mehr bewältigen. Heroismus ist eine grosse Sache — auf dem Schlachtfeld. Im bürgerlichen Leben ist die Zivilkurage wichtiger. Doch haben gerade die Diktaturen für sie kein Verständnis.

Der autoritäre Staat vermag, wie die geschichtliche Erfahrung beweist, diese politische Volksgemeinschaft nicht aufzurichten, ohne die er seine Aufgaben auf die Dauer gar nicht mehr wird bewältigen können.

Umgekehrt bestätigt auch die jüngste Geschichte noch die gemeinschaftsbildende Kraft der Demokratie. Seit hundert Jahren wird die Demokratie in Deutschland mit Fleiss schlecht gemacht, mit zunehmender Heftigkeit in den letzten zwanzig Jahren, als eine unmögliche, unaufrichtige, « mechanistische » Staatsform, der Individualismus der liberalen Aera aber als destruktiv, gemeinschaftswidrig, zersetzend, atomisierend hingestellt. Nach ihm sind die Individuen so unverbunden — Othmar Spann leistete sich dieses Bild —, wie Steine, die an einem Haufen liegen. Aber was lehrt die geschichtliche Erfahrung? Im Weltkrieg haben die Demokratien jedenfalls durchgehalten, während gerade die absolutistischen und autoritären Staaten zusammenbrachen. Das war der Geist der westlichen Heere, dass sie sich für ihre freiheitlichen Staatswesen einsetzten. Aber auch seither ist jedenfalls keine der alten Demokratien institutionell zur Diktatur übergegangen.

Die wirklich demokratischen Völker bewahren der Demokratie die Treue. Sie sind von dem Glauben erfüllt, dass gerade die Demokratie in sich die Kräfte berge zur Lösung der brennenden Probleme der Gegenwart, der innerpolitischen nicht nur, sondern auch der aussenpolitischen.

Wenn es wahr ist, dass es gilt, den Kampf aller gegen alle zu verhindern und der gefahrdrohenden Gegensätze Herr zu werden, dann bringt die Demokratie zu solcher Aufgabe die geeigneten formellen Voraussetzungen mit sich in all den Mitteln und

Wegen der Mitarbeit aller Stände an der staatlichen Ordnung. Das Ringen der Parteien, der öffentliche Kampf in den Parlamenten, die Kollaboration der verschiedenen Parteien in den Regierungen, in unserem Lande auch Referendum und Initiative, ergeben die Möglichkeit und auch einen Zwang zu sachlicher Arbeit. Eine Partei mag noch so selbstsüchtig nur die eigenen « Belange » verfolgen wollen — sie muss sich in der Vertretung ihrer Interessen auf die allgemeinen Interessen berufen, und diese müssen, dergestalt von allen Seiten geltend gemacht, letzten Endes sich durchsetzen. Deshalb kann heute keine Regierung mehr, sie mag noch so einseitig zusammengesetzt sein, einseitig nur die Interessen der ihr nahestehenden Bevölkerungsschichten wahren, sie kann sich der Aufgabe nicht entziehen — so unzulänglich es im einzelnen Falle geschehen mag —, die allgemeinen Interessen zu wahren. Dieser Zusammenhang mag dem Tagesbeobachter noch so oft entgehen, er mag auch zeitweilig völlig aufgehoben scheinen — er besteht und setzt sich gerade heute immer stärker durch. Gerade die Demokratie birgt in sich die Mittel, um dem Gemeinwohl zum Durchbruch zu verhelfen. Ich stehe nicht an, als ein Beispiel hierfür die Finanzreform anzuführen. Bei einer so einschneidenden Massnahme kann es schlechterdings nicht ohne Härten und Unzulänglichkeiten abgehen. Aber insgesamt konnte die Vorlage, die allen Schichten der Bevölkerung ihre Belastung bringt, doch als ein durch die gemeinen Interessen verlangtes Opfer auf sehr breiter parlamentarischer Grundlage verabschiedet werden...

Schon mit diesen Mitteln des Austrages der Kämpfe erweist sich die Demokratie als die wahrhaft dynamische Staatsform. Von der Diktatur hat man mit Recht sagen können, sie sei ihrem Wesen nach statisch — hat sie einmal ihr Regiment angetreten, dann geht ihre hauptsächlichste Sorge auf die Befestigung desselben (und sie kann sich hierin nicht genug tun), auf die Beharrung. Die Demokratie mag noch so schwerflüssig, zäh, konservativ erscheinen — man hat sie trotzdem als die Umwälzung in Permanenz bezeichnen können, denn sie schafft den immer neuen Kräften im Volkskörper freie Bahn, sie geht nicht darauf aus, diese zu hemmen und zu unterdrücken, sie gewährt ihnen die Möglichkeit, sich zu entfalten und durchzusetzen... Diesem Zwecke dienen vor allem die Freiheitsrechte der Presse und der Vereinsbildung. Die Diktatur unterdrückt sie, die Demokratie gewährleistet sie. Es ist eine vollkommene Verkennung, in ihr nur einen « liberalistischen » Ausdruck der Selbstherrlichkeit des einzelnen erblicken zu wollen. Gerade diesen Freiheitsrechten kommt ein durchaus genossenschaftlicher Sinn zu: sie sind die Mittel der Kollaboration der Öffentlichkeit an den staatlichen Angelegenheiten. Diese Mittel werden natürlicherweise im Kampfe betätigt. Dem Ideal einer kampf-

losen Volksgemeinschaft — das, widerspruchsvoll genug, mit allen Mitteln eines brutalsten Kampfes erstritten wird — kann im Grunde nur ein müdes Nachkriegsgeschlecht huldigen. Eine lebendige Volksgemeinschaft steckt stets voller Spannungen, die des Austrages bedürfen. Diesem Gemeinschaftszwecke dienen die demokratisch-liberalen Freiheitsrechte. Noch bleibt das Wort unseres grossen vaterländischen Sängers wahr:

Heil uns, noch ist bei Freien üblich
Ein leidenschaftlich freies Wort!

In den demokratischen Völkern lebt aber auch die Ueberzeugung, dass die Demokratie in sich auch die geistige Voraussetzung berge zur materiellen Lösung der Aufgaben, zur innern Ueberwindung der Krise und zu dem erforderlichen konstruktiven Aufbau. Mit der Staatsform allein ist noch kein Sachproblem gelöst. Die Diktatur sieht sich inner- und aussenpolitisch vor die gleichen Probleme gestellt wie die Demokratie. Sie kann mit ihren Lösungen rascher zur Stelle sein, die demokratischen Mühlen arbeiten langsamer. Aber wenn es wahr ist, dass die Demokratie in einer lebensnahen Erfassung des Volksbegriffes und im Menschentum verwurzelt ist, dann liegt in ihr das solideste Fundament für die sachlich angemessene Lösung der Probleme der Volks- und der Völkergemeinschaft. Sofern überhaupt eine Staatsform eine gewisse Gewähr zu bieten vermag für die angemessene sachliche Bewältigung der Aufgaben, dann ist es die demokratische. Sie ist es, weil (und sofern) sie in der Gesinnung des Demokratismus und Humanismus verwurzelt ist. Gerade diese Gesinnung hat sich, wie wir gesehen, immer wieder durch alle Jahrhunderte in allen Fragen der Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens als die wahrhaft wegweisende, fruchtbare, schöpferische erwiesen — sie ist es heute noch.

Das wäre schon zu erweisen für das Gebiet der innern Politik. Es soll hier nur beispielsweise auf die Sozialpolitik verwiesen werden. Die bismarckische Sozialpolitik wollte nicht Arbeiterschutz und Arbeitsrecht um des Arbeiters willen — sie wollte in ihrem Sozialversicherungsrecht «Staatsgesinnung» und «Dankbarkeit» züchten — der preussische Eatismus musste einen falschen Ausgangspunkt haben, und er hat dann auch das Ziel nicht erreicht. Eine andere Sozialpolitik — die Richtung des Freiherrn von Stumm — wollte den Arbeiter an den Betrieb fesseln und einen neuen Industrie-feudalismus aufrichten. Männer wie Friedrich Naumann haben in der Vorkriegszeit den Kernpunkt des sozialen Problems gerade darin gesehen, ob es gelinge, im grossindustriellen Produktionsprozess die Persönlichkeitsrechte des Arbeiters zu wahren und gerade dadurch einen wahren Solidarismus zu begründen

oder ob nicht «Jahrhunderte neuer feudaler Bindung» heraufziehen. Gerade diesen Weg beschreitet resolut das Dritte Reich. Aber droht schon der politische Führergedanke bei einem Grossvolk in das Militaristische abzugleiten und dadurch verfälscht zu werden — schon wollen deutsche Juristen das Wesen des Gesetzes in einem «Führerbefehl» erblicken und begründen damit eine neue Fesselung des Richters an den Gesetzesbuchstaben, ein Uebel, an dem die deutsche Rechtspflege ohnehin schon schwer leidet —, so erscheint vollends die Uebertragung des Führer- und Gefolgschaftsgedankens auf die durch juristische Personen, durch anonyme Gesellschaften getragenen und durch Kollegien (Vorstände) geleiteten Grossbetriebe als problematisch — von allen weitem Bedenken abgesehen. — Eine demokratische Sozialpolitik wird vor allem die Kräfte der Selbsthilfe einspannen — es ist kein Zufall, dass die Schweiz eines der genossenschaftsreichsten Länder ist. Sie lässt dem «Kommunalsozialismus», der wiederum gerade in der Schweiz, aus genossenschaftlichem Geiste heraus, stark geworden ist, freie Bahn. Vor allem wird sie gerade im Ausbau des (heute in Deutschland zerschlagenen) Arbeitsrechts ihre Aufgabe erblicken.

Die schöpferische und gemeinschaftsbildende Kraft des demokratischen Gedankens bekundet sich aber vor allem auf dem Gebiete, dem heute die vitalste Bedeutung für die Völker zukommt, auf dem Gebiete der Weltpolitik. Die tatsächliche, wirtschaftliche und soziale, kulturelle und geistige Verbundenheit der Völker findet ihren Ausdruck im Völkerbund, in der rechtlichen Verbundenheit der Völker, in der Friedenssicherung durch Nichtangriffspakte (Kellog-Briand), durch Friedensgarantie (Locarno)- und Schiedsgerichtsverträge, den Minoritätenschutz, die kollektive Abrüstung, den internationalen Arbeiterschutz u. a. m. Hier erhebt sich vor unsern Augen die Vision einer neuen Verbundenheit, einer neuen Gemeinschaft der Völker, die gerade in dieser Verbundenheit den Frieden und die Freiheit reicher eigener Entfaltung finden sollen. Natürlich erhebt sich gegen diese kühne neue Konzeption in aller Welt «des Eigen-Neides Widerstreben, der es für Traum und Wahnsinn hält» (Gottfr. Keller, Frühlingsglaube). Aber es greift an die vitalsten Interessen der Völker, dass dieser Weg beschritten werde, die Völker müssen ihn gehen — diese wahrhaft schöpferische Zielsetzung, diese grossartige und schicksalentscheidende konstruktive Idee entspringt keinem andern Wurzelboden als dem demokratischen. — So zwingend, so lebenswahr geschaut sind diese Grundgedanken des humanistischen Pazifismus, dass auch undemokratisch eingestellte Staatswesen sich ihnen nicht entziehen können. Aber ihrem Ursprung und ihrem tiefsten Sinngehalt nach gehören sie der Welt des Demokratismus an — ebensosehr wie etwa Oswald Spenglers Cäsarismus und Raubtierphilosophie die vollkommene Negation

alles Demokratismus ist — und eben deshalb kommt dem Kampfe, der in diesen Nachkriegsdezennien um die Demokratie ausgefochten werden muss, für die einzelnen und die Völker schicksalhafte Bedeutung zu.

Wo in diesem grossen Ringen wir hingehören, die Erben unserer helvetischen Traditionen, das kann nach all dem Gesagten nicht mehr zweifelhaft sein.

Die Selbstbesinnung weist uns unsern Platz an. Auch das Schweizervolk wird der Demokratie die Treue bewahren. Gerade uns kommt es zu, in diesen Zeitläufen die Demokratie durchzuhalten. Das wollen wir und müssen wir wollen um unserer selbst willen. Zugleich wollen wir uns in die grosse Geistesfront der Demokratie in der ganzen Welt eingliedern. Es wird die Zeit kommen, da sich zeigen wird, dass wir gerade dadurch auch dem sprachverbundenen deutschen Volk einen Dienst erwiesen haben, wie wir ihn auf andere Weise nimmermehr zu leisten vermöchten.

Wir müssen unsere Demokratie verteidigen und durchhalten. Das können wir nicht besser, das können wir überhaupt nur, indem wir sie hegen und pflegen, institutionell und geistig.

Wir müssen unsere Demokratie vor allem verteidigen. Nur allzu viele haben den Ernst unserer Lage noch nicht erfasst. Wir müssen uns der Ueberschwemmung mit ausländischen Zeitungen, illustrierten Blättern und Revuen erwehren. Wir müssen unser eigenes Schrifttum pflegen und fördern, eine, genau gesehen, sehr schwierige Aufgabe, die neuer organisatorischer Massnahmen bedarf. Wir müssen unsere Schriftsteller aufbieten, unser Theater in Dienst nehmen und ganz anders intensiv das Radio. Wir müssen unsere Kräfte zusammennemen, viel straffer einspannen und viel, sehr viel Gemütlichkeit und Schlamperei ablegen. Wir müssen unsere Reihen schliessen. Wir müssen die Frauen — die Mütter unserer Söhne — zur Mitarbeit am Gemeinwesen heranziehen (hierfür sei auf das « Plädoyer » in Dr. Albert Oeri, Alte Front, 1933, verwiesen, einem ganz von schönstem Humanismus erfüllten Buche). Auch unsere junge Generation muss viel früher und intensiver zur Mitarbeit in Gemeinde, Kanton und Bund gewonnen werden. — Unsere Demokratie bedarf der Belebung, der Reformen. Sie erträgt im Kleinen manchen Abbau. Es ist auch ganz unerlässlich, dass in Zeiten, die rasches Handeln erfordern, im Bunde mit dringlichen Bundesbeschlüssen und Ermächtigungen des Bundesrates gearbeitet wird — nur muss das auf verfassungsmässiger Grundlage geschehen, und wenn diese nicht ausreicht, muss sie geschaffen werden. Sie muss auch vor Auswüchsen und Entartungen viel energischer und wirksamer geschützt werden. Das Volk wird mit Recht empfindlich gegen ungesunde Aemterkumulation und gegen die Ausnützung einflussreicher Stellung für private Interessen. Die ärgste

Misswirtschaft herrscht auf dem Gebiet der Wahlen. Die demokratischen Rechte verpflichten — sie werden allzuoft missbraucht. Sie sollen gerade ein ideales Auswahlprinzip abgeben, eine Auswahl der Magistraten auf breitester Basis gewährleisten — sie geschieht in Wirklichkeit nur allzuoft aus engster Krähwinkelei heraus. Auch unsere Abstimmungskämpfe werden von amerikanischen und neudeutschen Methoden bedroht. Eine Demokratie muss mit Vernunftgründen arbeiten, mit Belehrung und Aufklärung und nicht mit Massensuggestion — um nicht zu sagen Hypnose. Suggestion ist geistige Vergewaltigung, demokratisch ist allein Diskussion. Ein schöner, offener, loyaler Kampf war — wenn es auch an Ausartungen nicht ganz fehlte — die Kampagne um den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund (16. Mai 1920).

Vor allem müssen wir unserer Demokratie allen erforderlichen Schutz angedeihen lassen, Schutz gegen ihre Todfeinde. Schon Mommsen stellte fest, dass die Demokratie sich immer mit der Durchführung ihres Prinzips bis in die äussersten Konsequenzen selbst vernichtet habe. Wie wir in einer Welt protektionistischer Wirtschaftspolitik nicht allein freihändlerisch sein können, so dürfen wir auch erforderlichenfalls einem Gegner gegenüber, der alle demokratischen und liberalen Rechte nur zu dem einzigen Zwecke verwenden will, sie zu zerstören, nicht liberal bleiben. «Ewige Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit.» Schaudernd waren wir Augenzeugen des furchtbaren Vorganges, wie diese Freiheiten mit dem wildesten Pathos des guten Rechtes in Anspruch genommen und bis zum alleräussersten ausgenutzt und missbraucht wurden —, um sie in dem Augenblicke vollkommen zu vernichten, der dazu die Macht bot. Wer Augen hat zu sehen, der sieht den warnenden Feuerschein am Horizont!

Mehr noch zu hegen und zu pflegen ist die demokratische Gesinnung. Dies ist die höchste und schwerste Aufgabe. Die Demokratie birgt in sich selbst charakterologisch wertvolle Kräfte, sie erhebt die Masse zum Volk, das Individuum zum Bürger, sie erspart uns — was an ihr liegt! — Untertanenpsychologie und Sklavenmoral. Umgekehrt ist sie je und je auf die aktive Teilnahme des Volkes an den Staatsgeschäften, und zwar auf eine vernünftige und überlegene Teilnahme angewiesen und damit also darauf, dass die Bürger von jenem Geiste der Demokratie erfüllt seien: Menschen guten Willens. Schon Montesquieu fand, dass die Republik die ganze Macht der Erziehung nötig habe, weil sie auf die politische «Virtus», die politische Tugend ihrer Bürger, ihre Vaterlandsliebe und ihren Gemeinsinn angewiesen sei.

Dass in dieser Weise die Demokratie eine ewige Aufgebetheit, ein Ringen um die Seele des Menschen ist, das lässt

sie dem Utilitaristen so schwerfällig erscheinen, ist aber in Wirklichkeit ihr edelstes Angebinde. Wahrer Demokratie geht es immer um den Menschen. Der Lohn solchen Bemühens liegt in der segensvollen Gestaltung des Gemeinwesens, in Recht, Friede und Freiheit.

Staatliche Gewerkschaft in Oesterreich.

Aus österreichischen Gewerkschaftskreisen schreibt man uns:

Wir wollen nicht von der furchtbaren politischen Vergewaltigung der Arbeiterklasse in Oesterreich und ihren Auswirkungen sprechen. Es ist bekannt, was sich in Oesterreich zugetragen hat. Für die zerstörten freien Gewerkschaften wurde bekanntlich von Staates wegen eine Monopolorganisation geschaffen, der Gewerkschaftsbund der Arbeiter und Angestellten. Es erfolgte eine Zusammenfassung der Berufsgruppen ohne Befragen der arbeitenden Menschen, aber auch gleichzeitig eine ganz sinnlose Zerreissung. Der organische Aufbau dieser Scheinorganisation ist nicht ohne Interesse zu betrachten.

Der Gewerkschaftsbund gliedert sich in fünf Berufsverbände, die wieder in Gruppen der Arbeiter und Angestellten zerfallen. Die Gruppe Industrie und Bergbau zählt neun Organisationen, die Gruppe Gewerbe gleichfalls neun; für Handel und Verkehr sind drei, für Geld-, Kredit- und Versicherungswesen zwei Gruppen geschaffen worden und die freien Berufe zählen elf Unterverbände. Dies sind also 34 Organisationen. Die Trennung der Arbeiter nach Beschäftigten in Industrie und Gewerbe stellt sich als eine sehr unpraktische Ordnung dar, denn die Unternehmer verstehen es, diese Zersplitterung für ihre Zwecke bei Festsetzung von Löhnen und Arbeitsbedingungen prächtig auszunützen. Die immerhin sehr grosse Zahl von Arbeitern und Angestellten in öffentlichen Diensten, wozu auch die Eisenbahner gehören, haben bis heute keine Organisationsmöglichkeit. Ebenso ist auch die Landarbeiterschaft organisatorisch vogelfrei.

Der Wirkungskreis der einzelnen Berufsgruppen ist äusserst beschränkt. Vor allem haben die verschiedenen Gruppen in administrativer und finanzieller Hinsicht keine Selbständigkeit, denn die Spitze dieses Organisationsgebildes schaltet und waltet nach eigenem Gutdünken, ohne jemand Rechenschaft schuldig zu sein. Unverbürgten Nachrichten zufolge soll der Mitgliederstand dieser Zwangsorganisationen augenblicklich insgesamt hunderttausend betragen. In Wahrheit handelt es sich um einige hundert freiwillig Beigetretene, ehemalige Freigewerkschafter, alles übrige sind Zwangsmitglieder, die einem Druck der Unternehmer folgten, dann Arbeitslose und unterstützungsfordernde Arbeitsinvalide. Wird in Betracht gezogen, dass die freien Gewerkschaften zuletzt 560,000 Mitglieder zählten und andere Organisations-